

19.57

**Abgeordnete Mag. Eva Blimlinger** (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Es geht eigentlich um drei Bereiche aus diesem Rechnungshofbericht. Der erste ist jener über die Follow-up-Überprüfung der Universitätsräte, der zweite betrifft die Nebenbeschäftigung von Universitätsprofessoren und der dritte die Beratung und Information bei der Studienwahl.

Das erste Thema, Universitätsräte, ist, glaube ich, mehr oder weniger gelöst. Da ist es noch um die Frage der Reisegebühren, die übrig geblieben war, gegangen – das ist sozusagen mehr oder weniger auf allen Universitäten durch Anwendung der Reisegebührenvorschrift gelöst. Die andere Frage betrifft die Dokumentation darüber, wie Universitätsräte ausgesucht werden. Das ist aus meiner Sicht ein notwendiges Vorgehen, denn es gibt immerhin 140 Universitätsräte, aber das müsste dann im Wissenschaftsressort, das ja das Vorschlagsrecht für die Bundesregierung hat, und an den Universitäten, denn dort sind die Senate damit befasst, gleichermaßen passieren, weil sonst ein Ungleichgewicht entsteht, das, glaube ich, nicht sinnvoll ist. In der Debatte im Ausschuss habe ich auch vorgeschlagen, ob es nicht eine Möglichkeit wäre, sich zum Beispiel zu bewerben, denn 140 hoch qualifizierte Menschen zu finden ist auch nicht ganz einfach. Das wäre also ein Weg.

Der zweite Punkt, Nebentätigkeit, Nebenbeschäftigung von Universitätsprofessoren: Zur Erörterung dieses Themas reicht meine Zeit leider nicht aus. Als ehemalige Rektorin kann ich nur sagen, dass es sich dabei um eine weitverbreitete Situation handelt, wobei es so ist, dass die Beschäftigungen auch nicht gemeldet werden. Die Rektoren, Rektorinnen, die ja Vorgesetzte sind, sind hinsichtlich der Frage, wie damit umzugehen ist, ein bisschen macht- und ratlos, insbesondere was die Meldung von GutachterInnen-tätigkeiten betrifft. Ehrlich, ich weiß nicht, wie man dem beikommen kann. Das ist ein ungelöstes Problem.

Drittens – und dafür möchte ich sie besonders loben –: Was die Studienberatung betrifft, ist die ÖH in einem hohen Maße aktiv, entwickelt Programme. Ein besonders gutes Programm ist Studieren probieren. Im Rechnungshofbericht wird die Doppelgleisigkeit angemerkt, und ich kann nur sagen: Das sollte man wirklich der ÖH überlassen. Die ist da kompetent, die macht gute Programme. Da sich ja nach und nach die Bedeutung der Matura hoffentlich auflöst – wir haben das jetzt durch Covid gesehen, es geht auch einfacher – und es vielmehr eine Korridorsituation zwischen 8. Klasse und Studienwahl, sei es Uni, FH et cetera, ist und da vonseiten der HochschülerInnenschaft auch ein hohes Maß an Energie in MaturantInnenberatung,

aber auch schon vorher, eben wie durch Studieren probieren, aufgebracht wird, bin ich ganz dafür, dass man diese Doppelgleisigkeit, die da angemahnt wird, auflöst und das in die Hand der Österreichischen HochschülerInnenschaft legt.

Das wäre mein Vorschlag, auch als Plan sozusagen aufgrund dessen, was aus dem Rechnungshofausschuss kommt.

Ceterum censeo: Die Windisch-Kaserne soll in Richard-Wadani-Kaserne umbenannt werden. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

20.01

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Herr Abgeordneter Hoyos-Trauttmansdorff ist zu Wort gemeldet. – Bitte Herr Abgeordneter.